



Stephan T. Reichel

1. Vorsitzender

Königinstr. 79, 90402 Nürnberg

mobil: ++49 (0) 15125294434 , e-mail: stephan.reichel@matteo-asyl.de

An Frau Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Neues Bleiberecht für Geduldete angekündigt. Kommt endlich der „Paradigemenwechsel“ in der deutschen Asylpolitik?

München/Nürnberg, 07.06.2022

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Faeser,

wir freuen uns, dass Sie – wie bei einem Fernsehinterview in Würzburg während der IMK angekündigt – nun beginnen wollen, den „Paradigmenwechsel“ in der deutschen Asylpolitik umzusetzen.

Gestern wurde in den Medien von einem Gesetzesentwurf der Koalition berichtet, der über 100.000 geduldeten Flüchtlingen in Deutschland ein dauerhaftes Bleiberecht nach einem Probejahr ermöglichen könnte.

Wir begrüßen diese Ankündigung, haben aber einige Bedenken hinsichtlich der genannten Bedingungen für ein solches Probejahr. So sollen gemäß der vorliegenden Planung sogenannte „Straftäter“ oder Menschen, die ihre Identität nicht geklärt haben, ausgeschlossen werden. Das mag für Bürgerinnen und Bürger, die Details des unübersichtlichen Asylrechts nicht kennen, erst mal nachvollziehbar klingen.

Dennoch haben wir als Kenner der Materie etliche Bedenken, die wir schon heute vortragen möchten:

- Etliche Geduldete haben aus Angst vor Abschiebung in lebensgefährliche Länder, zum Beispiel in den Iran, Irak oder nach Russland, keine Pässe vorgelegt. Es muss sichergestellt werden, dass sie deshalb nicht von dem neuen Bleiberecht ausgeschlossen werden.
- Viele nach Deutschland Geflüchtete konnten - auch mit allen Bemühungen - keine Geburtsurkunden oder Pässe bekommen, weil ihre Botschaften sich weigern, sie auszustellen, oder sie von hier aus in den Heimatländern nicht besorgt werden können. Darunter fallen etliche afrikanische Flüchtlinge, aktuell die meist gut integrierten Sierra Leoneer, aber auch Afghanen, die seit dem Umsturz in Afghanistan keine Tazkira oder neue Pässe bekommen können.
- Es gibt auch Geflüchtete, die durch Fehler bei der Transkription ihres Namens oder ihrer Geburtsdaten, unwissentlich falsch ausgestellte Geburtsurkunden aus den Heimatländern bekommen haben. Sie könnten leicht unter die Ausschlusskriterien ohne aktives Verschulden geraten.
- Es gibt geduldete völlig unbescholtene Flüchtlinge, die allein aus ausländerrechtlichen Gründen oder wegen Kirchenasyl kriminalisiert wurden sind. **Das sind keine Straftäter und die sollten nicht ausgeschlossen werden.**

Und noch ein heikles Thema: es gibt ehemalige, inzwischen resozialisierte Straftäter, die auf ewig bestraft werden würden mit einem Ausschluss von Arbeit und Ausbildung und Bleiberecht durch Integration. Man würde sie wegen Schwarzfahren, einer kleinen Schlägerei in den überfüllten Heimen oder bei Einheimischen eher harmlos gewerteten BtMG–Delikten für immer in die Illegalität und Hoffnungslosigkeit treiben. Auch wenn manche Politiker gerne von den „Straftätern“ sprechen, widersprechen solche populistischen Restbestände in ihrem Paket dem Grundgedanken der Resozialisierung unseres Strafrechts und der Gleichbehandlung aller Menschen, die in unserem Land gefehlt, gebüßt und bereut haben.

Viele Menschen, die Opfer der falschen Bescheidpolitik des Bamf geworden sind, wie Afghanen, Iraker, Eritreer, Syrer und andere, die in der Duldung hängen, und aus guten Gründen nicht abgeschoben werden, sollten eigentlich sofort aus der Duldung herauskommen und durch eine positiv beschiedene Revision der Bescheide oder durch Folgeanträge ein stabile Bleiberecht bekommen, ohne Probezeit und Sonderstatus. Hier sollten die derzeit für die Ukrainer geltenden Rechte übertragen werden.

Und es wäre wichtig, dass die Stichtagsregelung großzügiger ausfallen würde.

Nicht nur das neue Bleiberechtsgesetz muss kommen. Alle Integrationsgesetze etwa das bestehende „3+2 Gesetz“ müssen so reformiert werden, dass Bundesländer wie Bayern nicht mehr beliebig Schlupflöcher zu Lasten der Flüchtlinge nutzen können, um Arbeit und Ausbildung zu verhindern. Die deutsche Wirtschaft und das Handwerk werden es Ihnen danken.

Und beseitigen Sie, wie versprochen, die „Duldung light“, die an die 20.000 Menschen Leistungskürzungen gebracht und sie Arbeitsverboten und Schikanen ausgeliefert hat.

Bitte machen Sie ein gutes Gesetz, das einschließt und nicht ausgrenzt, das die Menschenwürde der Flüchtlinge wieder herstellt, die ihnen die alte Regierung genommen hat.

Gerne bringen wir uns mit anderen professionellen Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl, der Diakonie oder Caritas in die konkrete Ausgestaltung des neuen Gesetzes und der Revision der bestehenden Integrationsgesetze ein. Wir alle kennen aus unserer praktischen Arbeit die Chancen einer guten Asylpolitik, die Integration wirklich fördert und bereichert, und unser Land dennoch nicht überfordert.

Herzliche Grüße und Dank

